FSG
AK WIEN
Sozialdemokratische
Gewerkschafter:innen
in der Arbeiterkammer Wien

Antrag Nr. 7

der Fraktion Sozialdemokratischer Gewerkschafter:innen
an die 186. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien
am 3. November 2026

Europa muss jetzt in seine Zukunft investieren anstatt eine Deregulierung mit der Kettensäge zu betreiben

Die Europäische Union steht gegenwärtig vor enormen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Herausforderungen. Der soziale und ökologische Umbau der Wirtschaft, technologische Aufholprozesse und geopolitische Veränderungen, aber letztlich auch der Kampf für Europas Demokratie und gegen weitere gesellschaftliche Spaltungen erfordern eine aktive Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Bei der Ursachenanalyse für die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Europas zeigen sich erhebliche Defizite im politischen Meinungsspektrum der EU. Denn als wesentlicher Grund werden seitens der europäischen Entscheidungsträger:innen regulatorische Belastungen und überbordende Bürokratie dargestellt. Seit Beginn ihrer Amtszeit hat die Kommission eine Vielzahl sogenannter Omnibus-Pakete zur „Vereinfachung“ bestehender EU-Regelungen vorgelegt. Unter dem Schlagwort der Entbürokratisierung werden dabei auch Schutzstandards für Arbeitnehmer:innen, Konsument:innen und Umwelt sowie digitale Rechte infrage gestellt.

Diese Entwicklung geht weit über sinnvolle Maßnahmen zum Abbau unnötiger Bürokratie hinaus. Deregulierung droht zu einem eigenständigen wirtschaftspolitischen Leitbild zu werden. Auch mit neuen Instrumenten und Initiativen – etwa der sog. „EU.Inc.“ als neuer Unternehmensform oder der angekündigten „regulatorischen Tiefenreinigung“ – werden bestehende Regelungen und Schutzstandards zunehmend unter Rechtfertigungsdruck gestellt.

Aus Sicht der Arbeitnehmer:innen ist dieser Kurs verfehlt. **Europa wird nicht dadurch wirtschaftlich stärker, dass es seine sozialen, ökologischen und arbeitsrechtlichen Standards abbaut.** Hohe Standards sind nicht bloß Kostenfaktoren. Sie fördern Innovationen, sichern Einkommen und Qualität, ermöglichen fairen Wettbewerb und gewährleisten gesellschaftliche Stabilität.

Bedenklich ist ferner, dass viele Vorschläge gleichsam auf Zuruf der Wirtschaftslobbys in einem Eilverfahren verhandelt werden – ohne öffentliche Konsultation und Folgenabschätzung sowie ohne Einbeziehung der Gewerkschaften und der Zivilgesellschaft.

Vor allem aber lenkt die Deregulierungsdebatte vom zentralen wirtschaftspolitischen Problem Europas ab: **Europa investiert schlichtweg zu wenig.** Der zusätzliche Investitionsbedarf ist enorm. Der Draghi-Bericht beziffert ihn für die Jahre 2025 bis 2030 auf jährlich bis zu 800 Milliarden Euro. Investitionen werden für Klimaneutralität, soziale Infrastruktur, Digitalisierung und strategische industrielle Kapazitäten benötigt. Ein erheblicher Teil dieser Investitionen wird nicht allein über private Märkte finanziert werden können. Öffentliche Investitionen und eine aktive europäische Industriepolitik müssen deshalb eine zentrale Rolle spielen.

Ein weiteres Zurückbleiben hinter China mit seinen erheblich höheren jährlichen Investitionen droht geoökonomische und technologische Abhängigkeiten in strategischen Schlüsselbereichen zu verfestigen sowie den Aufbau industrieller Kapazitäten und qualitativ hochwertiger Arbeitsplätze zu unterwandern.

Die Vollversammlung der Arbeiterkammer Wien fordert daher die österreichische Bundesregierung und ihre Mitglieder insbesondere im Rahmen ihrer Tätigkeit im Rat der Europäischen Union bzw im Europäischen Rat, die Abgeordneten des österreichischen Nationalrates und des Europäischen Parlaments, die Europäische Kommission sowie den Europäischen Rat dazu auf:

- **einen Kurswechsel von Deregulierung hin zu einer investitionsorientierten europäischen Wirtschafts- und Sozialpolitik mit hohen Standards** voranzutreiben. Ein weiterer pauschaler, gleichsam mit der Kettensäge und unter dem Vorwand der „Vereinfachung“ betriebener Abbau von Arbeitnehmer:innenrechten sowie Sozial-, und Umweltstandards darf nicht hingenommen werden. Damit werden keine neuen Investitionen angestoßen oder Arbeitsplätze geschaffen; und stattdessen

- **Investitionen in Europas Zukunft anzukurbeln:** Um die Investitionslücken zu schließen, braucht Europa nach dem Auslaufen der Aufbau- und Resilienzfazilität ein **langfristiges und ausreichend dotiertes europäisches Investitionsinstrument in Gestalt eines „Souveränitäts- und Umbaufonds“**. Als Zielgröße soll ein Nachfolgefonds mit einem jährlichen Volumen von zumindest einem Prozent der europäischen Wirtschaftsleistung geschaffen werden. Die Finanzierung soll insbesondere über eine gemeinsame europäische Mittelaufnahme sowie sozial gerechte und ökologisch sinnvolle neue EU-Eigenmittel erfolgen.

  Europäische Investitionsmittel sollen vorrangig für **soziale Infrastruktur und Daseinsvorsorge, industrielle Dekarbonisierung, Klimawandelanpassung, Just Transition sowie die technologische und digitale Souveränität Europas** eingesetzt werden. Besondere Priorität sollen Projekte erhalten, die einen strategischen europäischen Mehrwert aufweisen und zum Aufbau eigener industrieller Kapazitäten beitragen.

  Öffentliche Förderungen müssen zugleich an **starke soziale Konditionalitäten** geknüpft werden. Dazu zählen insbesondere die Einhaltung von Kollektivverträgen und Arbeitnehmer:innenrechten, Beschäftigungs- und Standortgarantien, Qualifizierungsmaßnahmen sowie eine starke Arbeitnehmer:innenbeteiligung. Made-in-Europe-Kriterien sollen dazu beitragen, industrielle Wertschöpfung und hochwertige Beschäftigung in Europa aufzubauen und zu sichern.

  Schließlich braucht eine europäische Investitionsoffensive **demokratische Kontrolle und Transparenz**. Sozialpartner, Zivilgesellschaft sowie regionale und lokale Gebietskörperschaften müssen bei Planung und Umsetzung angemessen beteiligt werden. Die Vergabe europäischer Mittel und die zugrunde liegenden Kriterien müssen transparent und öffentlich nachvollziehbar sein.

Angenommen ☒	Zuweisung ☐	Ablehnung ☐	Einstimmig ☐	Mehrheitlich ☒